
These 23

Die deutsche Einheit ist eine Erfolgsgeschichte. Auch der schärfste Kritiker der deutschen Einheit will die Zeit der deutschen Teilung nicht zurückhaben. Und selbst der düsterste Pessimist weiß: Es hat sich ein Bewusstsein für die gemeinsame Zukunft herausgebildet.

— . — . —

Die deutsche Einheit als Erfolgsgeschichte

Thomas de Maizière

I. Einheit in Freiheit statt „Dritter Weg“

Die deutsche Einheit ist zu einer Erfolgsgeschichte geworden. Das liegt nicht allein an den zweifellos großen Leistungen, die die Menschen in Ost und West in den vergangenen zwanzig Jahren erbracht haben. Entscheidende Weichen wurden schon weit vor 1989 richtig gestellt. Das kommt dem vereinigten Deutschland noch heute zugute.

Die von Bundeskanzler Konrad Adenauer konsequent verfolgte Westbindung legte – zunächst für die alte Bundesrepublik – das Fundament für Freiheit, Frieden und Sicherheit mit wirtschaftlicher Prosperität. Exemplarisch seien die Mitgliedschaft in der NATO und der insbesondere mit den Römischen Verträgen von 1957 beschrittene Weg zur europäischen Integration genannt. Die Westbindung bedeutete vierzig Jahre verlässliche Partnerschaft bei der Verteidigung gemeinsamer Werte. Das im Umbruch 1989/90 von Bundeskanzler Helmut Kohl abgegebene, eindeutige Bekenntnis zur europäischen Integration traf auf gewachsenes Vertrauen der europäischen und atlantischen Partner

und festigte dieses weiter. Die Glaubwürdigkeit dieses Bekenntnisses trug entscheidend dazu bei, dass der grundgesetzliche Auftrag zur Wiedervereinigung im Einvernehmen mit allen unseren Nachbarn 1990 vollendet werden konnte.

Mit der friedlichen Wiedervereinigung hat die Geschichte letztlich denjenigen in West und Ost Recht gegeben, die sich Jahrzehnte dafür rechtfertigen mussten, am Ziel der deutschen Einheit festgehalten zu haben. Durch die deutsche Einheit wurde die Freiheit für alle Deutschen gewonnen und dauerhaft gesichert, und dies allein macht die Wiedervereinigung bereits zu einer Erfolgsgeschichte.

Es waren die mutigen Oppositionsbewegungen insbesondere in der damaligen Tschechoslowakei, in Ungarn, in Polen und in der DDR, die vor 1989 und besonders im Sommer und Herbst 1989 gezeigt haben, dass sich selbst mit Gewalt und einem scheinbar übermächtigen staatlichen Überwachungs- und Bespitzelungssystem der Freiheitswille der Menschen nicht dauerhaft unterdrücken lässt. Das Einfordern von heute wieder selbstverständlichen Grundrechten – beispielsweise Meinungsfreiheit oder Gründung einer freien Gewerkschaft – gab den Anstoß, den diktatorischen Alleinvertretungsanspruch der sozialistischen Parteien zu untergraben und am Ende zu Fall zu bringen. Innerstaatliche Reformbemühungen, wie z. B. in der damaligen Sowjetunion unter Generalsekretär Michail Gorbatschow eingeleitet, wirkten dabei beschleunigend auf die Freiheitsbewegungen. Die Menschen wollten jedoch am Ende keine bloße Reform oder „Wende“, sondern die Beseitigung des Zwangssystems. Mit der friedlichen „Revolution der Kerzen“ errangen die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR ihre Selbstbestimmung zurück. Sie setzten damit ein in der deutschen Geschichte einmaliges Zeichen. 1989 war die erste wirklich erfolgreiche und friedliche Freiheitsrevolution auf deutschem Bo-

den. Und es war die erste und einzige demokratisch gewählte Volkskammer der DDR, die den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes beschlossen hat, übrigens gegen die Stimmen der PDS.

II. Auf das nach 1989 gemeinsam Erreichte dürfen wir stolz sein

Mit der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages im Jahr 1990 wurde noch über die bestehenden Systemgrenzen hinweg mit den damaligen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs eine abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland gefunden. Deutschland erreichte wieder seine volle Souveränität als Partner in Europa und der Welt. Dies gehört zweifelsfrei auch aus „westdeutscher“ Perspektive zu den „Zugewinnen“ der Einheit. Die Einbettung eines größeren, selbstbewussteren Deutschlands in die europäische und internationale Völkergemeinschaft hat das Land auch verglichen mit der alten Bundesrepublik „erwachsen“ gemacht.

Innerdeutsch hat sich der Blick auf die Wiedervereinigung in den Folgejahren dann aber immer stärker auf die Frage verengt, inwieweit die ostdeutschen Länder in einem wirtschaftlichen und sozialen sogenannten „Aufholprozess“ gegenüber dem Westen vorankommen. Dies ist nicht zuletzt den extrem hohen Erwartungen aus der Vereinigungseuphorie des Jahres 1990 selbst geschuldet. Dazu hat nicht allein das politisch formulierte Bild der „blühenden Landschaften“ beigetragen. Es war auch die ungeheure Kraft, die der Umbruchs- und Vereinigungsprozess bei vielen Bürgern selbst ausgelöst hat. Diese Kraft, der Wille anzupacken, mitzugestalten, aufzubauen war letztlich ein Umschwung aus der „bleiern“ Stimmung der Resignation in den letzten Jahren der DDR. Einer Resignation, die nicht zuletzt aus dem Kontrast zwischen der Staatspro-

paganda (etwa am 40. Jahrestag der DDR) und den alltäglichen Lebensverhältnissen erwuchs.

Umso größer war mit dem auch emotionalen Umschwung die Erwartungshaltung im Jahr 1990. Die grundlegenden Weichenstellungen zur Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems mussten aber nicht nur ohne historisches Vorbild, sondern auch in sehr kurzer Zeit unter besonderen Rahmenbedingungen vorgenommen werden. Aus heutiger Sicht ist es beispielsweise müßig, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten über einen optimalen Zeitpunkt zur Währungsunion zu spekulieren. Es gab politisch keine Alternative zu einer frühen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Die Menschen haben gerufen: „Kommt die DM, bleiben wir. Kommt sie nicht, gehen wir zu ihr.“ Und sie hatten die Macht, genau dies durchzusetzen. Die Möglichkeit, auch nach Westdeutschland zu gehen, war ja gerade eine der großen Errungenschaften der Revolution von 1989. Alle politischen Entscheidungen müssen sich seit dieser Zeit auch an der Rahmenbedingung der freien Wohnsitzwahl orientieren.

Ich bin davon überzeugt, dass trotz mancher Fehler im Detail die grundlegenden Weichenstellungen Anfang der 1990er Jahre richtig waren. Und auch, dass wir in sehr vielen Gebieten „blühende Landschaften“ in den ostdeutschen Ländern beobachten können. Nicht zuletzt dann, wenn man sich von einigen nachträglichen Mythen über angebliche wirtschaftliche und soziale Erfolge der DDR löst, sieht man, dass fast zwanzig Jahre deutsche Einheit erhebliche Gewinne an Wohlstand und Lebensqualität erbracht haben. Neben der Änderungsbereitschaft und der Tatkraft der Ostdeutschen hat dies auch eine große innerdeutsche Solidaritätsleistung ermöglicht, die vor allem in den beiden Solidarpakten ihren Ausdruck gefunden hat.

Die Menschen stellen sich den Herausforderungen der Freiheit und profitieren tagtäglich von der Entideologisie-

rung vieler Lebensbereiche. Nur ist vieles aus der Vergangenheit vergessen oder verdrängt. So richtet sich heute – bei aller Kritik an manchen Bildungsergebnissen – etwa der Zugang zum Bildungssystem nach Neigung, Eignung und Leistung. Nähe zu einer politisch dominierenden Partei jedenfalls ist kein Kriterium mehr. Und nicht nur dies. Heute gerät leicht in Vergessenheit, dass auch der sozialpolitische Anspruch des SED-Ansatzes nicht erfüllt werden konnte. So wurde beispielsweise der Zugang zur Hochschulbildung entgegen der weiterhin propagierten Klassenlosigkeit zunehmend auf die Kinder der „Intelligenz“ beschränkt. Zuletzt erreichte der Anteil der studierenden Arbeiterkinder nur knapp die Hälfte des westdeutschen Wertes. An diesem Beispiel zeigt sich, dass die Wiedervereinigung für viele Menschen ganz individuell zusätzliche Lebenschancen eröffnet, die ihnen ansonsten systematisch verwehrt worden wären. Gerade die Jüngeren wissen das zu nutzen.

Geradezu dramatisch sind die positiven Auswirkungen der deutschen Einheit im Umweltbereich. Hier konnte der drohende Kollaps abgewendet werden. In Erinnerung sind heute vor allem die Altlasten des Braunkohleabbaus und des Uranbergbaus, die mit Milliardeninvestitionen weitgehend beseitigt wurden. Weniger präsent ist vielen heute die systematische Missachtung von Umweltschutzbelangen bei den allermeisten Produktionsprozessen in der DDR – was nicht zuletzt dazu geführt hat, dass die Umweltbewegung ein wichtiger Akteur der Opposition von 1989 wurde. Die tatsächlichen Umweltbelastungen überstiegen selbst die Vermutungen der Umweltbewegung in der DDR bei weitem. Durch die 1984 nochmals verschärfte Geheimhaltungspflicht der staatlichen Umweltdaten sollte das wahre Ausmaß der Umweltschäden verschleiert werden. Aus der Verschmutzung resultierende Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung konnten damit nicht systematisch bekämpft werden. Durch die europaweit höchste Luftver-

schmutzung hatte beispielsweise die chronische Bronchitis bis zum Ende der DDR gegenüber 1970 um 75 Prozent zugenommen. In den Südbezirken litt Ende der 1980er Jahre nach staatlichen Schätzungen jedes zweite Kind an Atemwegserkrankungen. Deutlich mehr als eine Million Menschen konnten nicht mehr mit qualitativ ausreichendem Trinkwasser versorgt werden, denn über 45 Prozent der Gewässer waren für die Trinkwassergewinnung nicht mehr nutzbar. An vielen Flüssen wie Saale oder Mulde führte selbst Spritzwasser zu Hautausschlägen. In der Elbe waren 39 der 57 einst registrierten Fischarten ausgestorben. All das kann inzwischen als überwunden gelten.

Ähnliche Beispiele für die Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren lassen sich für viele Bereiche nennen. Zu erwähnen ist das Gesundheitssystem, das heute unter anderem einen wesentlich verbesserten Zugang zu Spitzenmedizin für die gesamte Bevölkerung leistet. Die Lebenserwartung der Menschen in den ostdeutschen Ländern hat sich in nur zwanzig Jahren fast vollständig dem bislang höheren Niveau in den westdeutschen Ländern angeglichen.

Mit der Sanierung der maroden Alten- und Pflegeheime wird älteren Menschen heute ein würdiger Lebensabend ermöglicht. Hierin zeigt sich ganz konkret ein verändertes Menschenbild. Denn der Sozialismus hat den Menschen nur nach seiner aktuellen Leistungskraft im Wirtschaftssystem beurteilt. Ältere wurden schnell fallengelassen, sie durften sogar das Land verlassen, weil man in ihnen nur noch eine Belastung gesehen hat. Der Sozialstaat dagegen nimmt den Menschen in seiner Einzigartigkeit an. Er respektiert zudem auch Ansprüche aus früheren Leistungen.

Für alle Beobachter offensichtlich ist die erreichte Sanierung des verschlissenen Straßennetzes, der historischen Bausubstanz der Städte und der Wohnungen, von denen sich zahlreiche 1989 in ruinösem Zustand befanden. Gerade im Infrastrukturausbau lag über Jahre der dominie-

rende Schwerpunkt der staatlichen Förderung in den ostdeutschen Ländern.

Die Tatsache, dass die ostdeutschen Länder in der Wirtschaftskraft noch nicht vollständig zum westdeutschen Durchschnitt aufschließen konnten, hat ebenso wie die nach wie vor viel zu hohe Arbeitslosigkeit zu manchen Enttäuschungen beigetragen. Nicht vergessen werden sollte dabei jedoch, dass die Produktivität in der DDR 1989 nur etwa 20 bis 30 Prozent des westdeutschen Wertes erreichte. Nicht etwa dadurch, dass die Menschen weniger fleißig waren, sondern systembedingt durch die planwirtschaftlich ineffizienten Produktionsstrukturen. Die verdeckte Arbeitslosigkeit lag bei etwa 16 Prozent. Durch den Produktivitätsrückstand entsprach das Haushaltsnettoeinkommen in der DDR 1989 etwa den Sozialhilfeleistungen einer vierköpfigen Familie in Westdeutschland.

Die für politische Zwecke missbrauchte Grundversorgung konnte nur durch eine untragbare Auslandsverschuldung aufrechterhalten werden. Nach den Analysen der staatlichen Plankommission stand die DDR 1989 unmittelbar vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch – man kann wohl davon sprechen, dass sie letztlich bereits wirtschaftlich und sozial implodiert war. Denn den Auslandschulden standen nicht in hinreichendem Umfang weltmarktfähige Produkte gegenüber, mit denen sich die Zinsverpflichtungen und die Importnotwendigkeiten hätten abdecken lassen. Zudem war nahezu alles „Tafelsilber“ veräußert und der Sachkapitalstock durch unterlassene Ersatzinvestitionen ruiniert.

Stellt man dies in Rechnung, sind ein BIP je Einwohner von 71 Prozent oder ein Produktivitätsniveau von 78 Prozent des westdeutschen Durchschnittsniveaus (2008) durchaus als ein kleines „Wirtschaftswunder“ zu verstehen. Deutlicher noch wird dies, wenn man nicht Bayern oder Baden-Württemberg, sondern Niedersachsen, Rhein-

land-Pfalz, Schleswig-Holstein oder das Saarland als Maßstab nimmt. Gemessen an diesen nämlich liegt die wirtschaftliche Leistungskraft der ostdeutschen Länder bei 85 Prozent. Vor allem aber ist absehbar, dass nach dem Wachstumstempo der vergangenen Jahre ein Aufschließen zu dieser Ländergruppe bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 durchaus möglich ist. Ein solches Aufschließen strukturschwacher Regionen innerhalb eines Staates ist im internationalen Maßstab nahezu singulär. Auch unter dem Aspekt der „blühenden Landschaften“ darf man daher – bei allen verbleibenden Problemen – durchaus von einer „Erfolgsgeschichte deutsche Einheit“ sprechen.

III. Es gibt noch einiges zu tun. Aber die landesinterne Wahrnehmung Deutschlands als die eines Staates wird sich normalisieren – und das ist das Beste, das uns passieren kann.

Die ostdeutschen Länder stehen heute – früher als die westdeutschen – vor nicht zu unterschätzenden Aufgaben. Es gilt die notwendigen Anpassungen an die demografische Entwicklung vorzunehmen. Die öffentlichen Haushalte der Länder und Kommunen müssen sich auf rückläufige Solidarpaktmittel einstellen. Es wird einen verschärften Wettbewerb um Fachkräfte geben. Auf der Basis des bisher Erreichten ist jedoch zu erwarten, dass auch diese Herausforderungen erfolgreich bewältigt werden können.

Der „Aufbau Ost“ wird sich in den kommenden Jahren weiter wandeln. Die anfängliche Fixierung auf den Bund wird mehr Eigenverantwortung der Länder und Kommunen weichen. Die anfängliche Konzentration auf staatliche Vorleistungen wird zurückgehen, unternehmerische Initiative stärker wahrgenommen werden. Politikfelder wie Bildung und Forschung werden gegenüber dem Infra-

strukturausbau weiter in den Vordergrund drängen. Die Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Regionen wird stärker nach bundeseinheitlichen Indikatoren ausgerichtet sein. Auch die Vereinheitlichung des Rentensystems wird auf der Tagesordnung stehen, da unterschiedliche Regelwerke an Rückhalt verlieren, auch wenn sie im Einzelfall für Ost wie West problemadäquat sein können.

All dies wird auf der Basis politisch durchaus kontroverser Debatten stattfinden. Diese Debatten werden jedoch in einem Argumentationsrahmen stattfinden, in dem die deutsche Einheit von niemandem infrage gestellt wird.

Das Bestehen dieses Grundkonsenses sollte nicht vergessen werden, wenn man aus Umfragen Defizite bei der „inneren Einheit“ ablesen möchte. Ohnehin scheinen mir die Debatten zur „inneren Einheit“ vor allem an der Wahrnehmung der Jüngeren vorbeizugehen. Für viele von ihnen ist es selbstverständlich geworden, sich als Franke, Bayer und Deutscher, oder eben als Sachse, Ostdeutscher und Deutscher zu fühlen. Diese Identitäten schließen sich keinesfalls aus, sondern gehören zusammen.

Die Menschen spüren, dass zahlreiche Herausforderungen – Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise, Klimawandel, Globalisierung, Europäische Integration – die Bürger in Ost und West gleichermaßen betreffen. Auch dies ist keine schlechte Voraussetzung für eine gemeinsame Zukunftsplanung. Zudem gibt es Gelegenheit, den doppelten Erfahrungsschatz aus Ost und West gewinnbringend zu nutzen. Wir können heute mit mehr Erfahrung und einem kritischen zweiten Blick auf unsere gesellschaftlichen Entwicklungen und auf globale Herausforderungen reagieren. Auch dies ist ein Gewinn der Einheit.